

MEHR ALS NUR PAPIERKRIEG

BÜROKRATIEABBAU ALS DECKMANTEL FÜR DEREGULIERUNGSPOLITIK

ZUSAMMENFASSUNG

Wozu brauchen wir Europa? Diese Frage stellen sich mehr und mehr Menschen auf dem Kontinent. Zu Beginn des europäischen Projekts standen die Gleichberechtigung aller EuropäerInnen und Bewahrung ihrer Grundfreiheiten im Mittelpunkt europäischer Politik. In den letzten zehn Jahren haben europäische PolitikerInnen begonnen, diesen Schutz zu untergraben. Die Interessen von Unternehmen haben zunehmend Vorrang vor den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt. Regeln, die uns und die Orte, die uns lieb sind, schützen sollen, werden als „Lasten“ für die Wirtschaft dargestellt. Diese Deregulierungspolitik bevorzugt unternehmerische Interessen und entfernt uns von den Grundwerten, die uns zusammengebracht haben.

Unter dem Motto der „besseren Rechtsetzung“ wird in Brüssel, aber auch in Berlin Bürokratie abgebaut. Das ist ein harmloser und bekömmlicher Deckmantel, unter dem sich leicht gefährliche Deregulierung und Abbau von Schutzstandards verstecken können. Der Bürokratieabbau schafft nicht nur selbst einen enormen bürokratischen Aufwand und verfehlt oft sein eigenes Ziel. Sondern er verändert Gesetzgebungsprozesse auch nachhaltig, sodass es Unternehmerinteressen erleichtert wird, den Staat zu vereinnahmen.

Die New Economics Foundation und das European Environmental Bureau arbeiten seit 2015 zusammen gegen Deregulierung und „bessere Rechtsetzung“.¹ Dieses Briefing analysiert den Deutschen Bürokratieabbau im EU-Kontext und plädiert für eine bessere, verantwortungsbewusstere und zukunftsorientierte Politik. Harmloser Bürokratieabbau darf nicht mehr als Deckmantel für gefährliche Deregulierung dienen. Starré und oberflächliche Maßnahmen wie die „one in one out“-Regel müssen abgeschafft werden. Gesetzesfolgen müssen seriös abgeschätzt werden. Dafür müssen Kosten, Nutzen und indirekte wirtschaftliche Folgen verpflichtend miteinbezogen werden. Und auch auf EU-Eben muss gegen Deregulierung vorgegangen werden. Denn der neoliberale Bürokratieabbau ist ein durchwegs europäisches Projekt und kann nur als solches gelöst werden.

1. EINLEITUNG

Demokratisch verhandelte Gesetze schützen unsere Grundfreiheiten: sie ermöglichen es uns, saubere Luft zu atmen, uns in einem sicheren Umfeld zu bewegen und unter menschenwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Trotzdem hat die EU bereits 2003 auf Wunsch von Mitgliedstaaten wie dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden unter dem Deckmantel der „bessere Rechtsetzung“ ein gefährliches Deregulierungsprogramm auf den Weg gebracht. Seit 2014 wird dies von der Juncker Kommission und bald unter Ursula von der Leyen in Neuauflage weitergeführt.

Auch in Deutschland ist die „bessere Rechtsetzung“ schon im vollen Gange – von der Bundesregierung verschönigend „Bürokratieabbau“ genannt. Wie in anderen EU-Ländern auch handelt es sich beim Bürokratieabbau aber nicht um eine Vereinfachung von „Papierkram“, sondern um einen Deckmantel für Deregulierungsmaßnahmen. In Folge des Brexits ist zudem davon auszugehen, dass Deutschland auch auf europäischer Ebene eine immer wichtigere Rolle in der Verschärfung dieses Programms führen wird.

In diesem Diskussionspapier erklären wir, was Deregulierung und Bürokratieabbau sind, was „bessere Rechtsetzung“ ist, und warum nichts daran wirklich besser ist. Wir zeigen, dass das Programm zum Bürokratieabbau in Deutschland Teil einer großen deregulatorischen Agenda in Europa ist, und nicht nur harmlose Vereinfachung von Bürokratie. Wir erklären, warum es sich bei der Deregulierungspolitik der Bundesregierung um eine Gefahr für die Demokratie handelt, und was für gefährliche Auswirkungen diese Politik in anderen Ländern wie Großbritannien bereits hat.

Das aktuelle politische Klima ist von riesigen Herausforderungen geprägt, vor allem im Umweltbereich. Es ist jetzt extrem wichtig, Rechtsstaatlichkeit zu stärken, statt sie zu schwächen. Die New Economics Foundation fordert deshalb ein dringendes Umdenken, um zu verhindern, dass Deutschland weiter in die Fußstapfen anderer wie dem Vereinigten Königreich tritt. Starre und oberflächliche Maßnahmen wie die „one in one out“-Regel müssen abgeschafft werden. Gesetzesfolgen müssen seriös abgeschätzt werden, indem der Nutzen und indirekte wirtschaftliche Folgen neuer Gesetze den Kosten verpflichtend gegenübergestellt werden. Sowohl zuhause als auch auf EU-Ebene müssen wir sicherstellen, dass die Bürokratie nicht als Deckmantel benutzt wird, und dass die GesetzgeberInnen den Schutz von Mensch und Natur ein für alle Mal über Wirtschaftsinteressen stellen.

TEXT BOX 1: GLOSSAR – WAS BEDEUTET EIGENTLICH...?

Bürokratieabbau? „Unter Bürokratieabbau versteht man sämtliche Maßnahmen, welche Bürger und Unternehmen von staatlicher Regulierung entlasten. Die Bandbreite reicht vom Streichen von Vorschriften bis hin zur Digitalisierung der Verwaltung.“²

Deregulierung? „Deregulierung ist die Rücknahme staatlicher Regelungen, die Einschränkungen der freien Marktwirtschaft oder die Übernahme privatwirtschaftlicher Aufgaben durch den Staat zum Inhalt haben. Deregulierung dient der Freisetzung der Marktmechanismen und geht demzufolge zumeist einher mit einer Politik weitreichender Privatisierung und Flexibilisierung“³

Die „one in one out“-Regel ? In Kurzform auch 1i1o oder Bürokratiebremse genannt. Dieses Prinzip besagt, „dass in gleichem Maße Belastungen abgebaut werden, wie durch neue Regelungsvorhaben zusätzliche Belastungen entstehen. Es gilt grundsätzlich für alle Regelungsvorhaben der Bundesregierung, die sich auf den laufenden Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft auswirken.“⁴ Bei der deutschen 1i1o geht es um gleichbleibenden Aufwand, nicht um eine gleichbleibende Anzahl an Gesetzen oder Paragraphen.

Nationaler Normenkontrollrat (NKR)? Der NKR ist ein unabhängiges Gremium, das die Bundesregierung im Bürokratieabbau unterstützen soll. Es schätzt die durch Gesetze verursachten Bürokratiekosten auf Grundlage des Standardkostenmodells ab und entwickelt dieses auch weiter.⁵ Die MitgliederInnen des NKR kommen aus dem öffentlichen Bereich, aus der Privatwirtschaft und aus dem universitären Bereich in der Politikwissenschaft, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre (keine MitgliederInnen aus der organisierten Zivilgesellschaft).⁶

Erfüllungsaufwand (laufend/ einmalig)? Der gesamte messbare Zeitaufwand und die Kosten, die durch die Befolgung einer bundesrechtlichen Vorschrift bei Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung entstehen“.⁷ So wird zum Beispiel bei der Einführung des Mindestlohns in den einmaligen Erfüllungsaufwand die Umstellung der Lohnkostenabrechnung und Arbeitsverträge miteingerechnet, und in den laufenden Erfüllungsaufwand die höheren Mehrkosten für Unternehmen, die nun den Mindestlohn zahlen müssen. Nicht miteingerechnet sind weitere wirtschaftliche Multiplikatoreffekte oder Steuereinnahmen aus höheren Lohnsteuern.

2. HINTERGRUND – BESSERE RECHTSETZUNG IN DER EU?

Die EU begann Anfang der 2000er Jahre damit, „unnötige Verwaltungslasten“ zu streichen, um Verwaltung effizienter zu gestalten. Seitdem gibt es auf EU-Ebene Gesetzesfolgenabschätzungen, die theoretisch Kosten und Nutzen neuer Regelungsvorhaben gegeneinander abwägen. In der Praxis allerdings werden vor allem die „Kosten“ neuer Gesetze für Unternehmen ermittelt. Unternehmerinteressen werden im Frühstadium neuer Gesetzesvorschläge erfragt und dann in weiterführenden Konsultationsprozessen stärker berücksichtigt als die Interessen der organisierten Zivilgesellschaft wie Gewerkschaften oder Umweltverbände. Dabei macht der Rechtsstaat immer mehr Konzessionen an die Wirtschaft und gibt wichtige Verantwortung ab.

Tatsächlich waren es große Unternehmen, welche die „bessere Rechtsetzung“ der EU auf den Weg gebracht haben – man kann die Wurzeln dieses Programms auf den Einfluss

der Ölriesen und Tabakfirmen des letzten Jahrhunderts zurückverfolgen. Eine Analyse des Think Tanks Smoke Free Partnership hat herausgefunden, dass British-American Tobacco in den 90er Jahren eine Koalition großer Unternehmen geleitet hat, deren komplexe Lobbyarbeit gezielt Gesetzesfolgenabschätzungen, Risikoanalysen und Konsultationsprozesse verändert hat.⁸ Dadurch wurden zum Beispiel die einseitigen unternehmensfreundlichen Folgekostenabschätzungen verpflichtend gemacht, die heute das Herzstück der „besseren Rechtsetzung“ der EU sind. Auf den ersten Blick schaffen diese Maßnahmen Transparenz – natürlich ist es gut, wenn die von einem Gesetz betroffenen StakeholderInnen in dessen Entstehungsprozess miteinbezogen werden. Jedoch sind die Brüsseler Verfahren so auslegt, dass in der Praxis eher einseitige Interessen vertreten werden – und das im Namen verstärkter Demokratisierung und Transparenz.⁹ In der stärksten Ausprägung führt das zur „corporate capture“, wenn Wirtschaftsinteressen die Gesetzgebung vereinnahmen oder kapern.¹⁰

TEXT BOX 2: FALLSTUDIE ENERGIEPOLITIK

Die Studie „Gekaperte Gesetzgebung – wenn Konzerne politische Prozesse dominieren und unsere Rechte bedrohen“ der Verbände Lobby Control und Alter-EU führt einige Fallstudien zur gekaperten Gesetzgebung in Europa an.¹¹ Ein Beispiel sind Megaprojekte zur Erdgasförderung, welche von der EU weitgehend als saubere Alternative zu anderen fossilen Brennstoffen angesehen werden und deshalb privilegierten Zugang zu EU-Fördergeldern haben. Die Studie von Alter-EU führt diese industriefreundliche Haltung auf langjährige Entscheidungsfindungsprozesse mit systematischem, übermäßigem Wirtschaftseinfluss zurück.

Durch riesige Lobbybudgets, informelle Kontakte zwischen PolitikerInnen und Wirtschaft und fehlender Transparenz für die Zivilgesellschaft bei wirklich wichtigen Entscheidungen wird der Branchenlobby im gesamten Gesetzgebungsprozess privilegierter Zugang zur Meinungsbildung und dem Gesetzesinhalt gegeben. Die öffentliche politische Debatte zu solch komplexen Themen ist dabei meist verhalten, da es sich um wissenschaftlich sehr komplizierte Inhalte handelt, die vermeintlich besser „ExpertInnen“ überlassen werden sollen. Von Interessenkonflikten befeuert und mit einseitigen, nicht ausreichend belegten Narrativen zur Energiesicherheit und Sauberkeit von Erdgas legitimiert, wird damit in der EU Energie gefördert. Dies konterkariert eindeutig das Pariser Klimaabkommen.

Diese Agenda heißt in Brüssel „Better Regulation“, also „bessere Rechtsetzung“. Doch wenig daran ist wirklich besser. Denn durch ein komplexes System aus neuen Verfahren und Gremien stellt das Programm die von neuen EU-Gesetzen verursachten „Kosten“ klar vor ihren Nutzen. Im Laufe der Jahre ist diese Agenda immer umfangreicher und ehrgeiziger geworden. Was als Übung zum Abbau von „unnötiger“ Bürokratie begann, untergräbt nun die schützende Funktion von Gesetzen für Menschen und Umwelt in Europa.¹² Umsetzungsdefizite werden dabei als Grund gesehen, Gesetze aufzulockern, statt sie wirklich umzusetzen und sinnvoll zu verbessern.

Ein Beispiel ist das „REFIT“ Programm, was bestehende EU-Rechtsvorschriften auf ihre „Tauglichkeit“ prüft – also dass sie Unternehmen keine unangemessenen „Kosten“ verursachen.¹³ Dies ist extrem umstritten, besonders als Präsident Juncker den Umweltkommissar Vella beauftragte, die FFH und Vogelschutzrichtlinien zu überprüfen und gegebenenfalls zu ‘modernisieren’ ohne die Ergebnisse des Verfahrens abzuwarten.¹⁴ Im Jahr 2016 führte eine Petition von 500,000 EU-BürgerInnen die Kommission erfolgreich dazu, diese wichtigen Naturschutzrichtlinien als „Fit for purpose“ zu erklären. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es den EU-BürgerInnen trotz der angeblichen Popularität von Bürokratieabbau ist, sinnvolle Vorschriften beizubehalten.

Der Ansatz bei der Rechtsetzung klüger oder effizienter vorzugehen, führt zu komplizierten Deregulierungsprozessen und grundlegenden Veränderungen der Art und Weise, wie die Regierung arbeitet und was sie als ihre Aufgabe ansieht. Die neue EU-Kommission will die EU-Mitgliedstaaten auch darauf einschwören, nicht mehr freiwillig über in Brüssel festgesetzte Mindeststandards hinauszugehen.¹⁵

Die EU-Politik der „besseren Rechtsetzung“ umfasst fünf Elemente, die sich auch in Deutschland immer stärker abzeichnen:¹⁶

1. Gesetze werden nur als „Kosten“ und „Belastungen“ für die Wirtschaft dargestellt, deren Verkleinerung ein wichtiger Selbstzweck ist.

2. Neue Verfahren in der Gesetzesfolgenabschätzung, welche die „Kosten“ für Unternehmen gründlicher abschätzen als deren Nutzen für Umwelt und Gesellschaft.
3. Die vermehrte Nutzung von Risikoanalysen um festzustellen, ob denn überhaupt Gesetze gebraucht werden.
4. Die Überprüfung bestehender Rechtsvorschriften und deren Rücknahme oder Vereinfachung aus „Kostengründen“.
5. Verstärkte Einbeziehung von Interessengruppen aus dem Privatsektor in den Gesetzgebungsprozess, und verstärkte Selbstregulierung, bis hin zur Vereinnahmung des Staates durch den Privatsektor.

Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau sind eng mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verbunden. Die ihr zugrunde liegende Deregulierungspolitik ist neben der Privatisierung des öffentlichen Sektors und der durch Sparpolitik finanzierten Senkung von Einkommens- und Körperschaftssteuern eine der drei Säulen des neoliberalen Zeitalters.¹⁷

Diese Art von Politik ist jedoch nicht mit zahlreichen Maßnahmen vereinbar, die dringend erforderlich sind, um unsere Emissionen auf ein sicheres Niveau zu bringen. Weitere Deregulierung schwächt die eigene Handlungsfähigkeit der EU-Kommission. In der Antwort auf die Klimakrise muss neoliberale Wirtschaftspolitik zum Auslaufmodell werden – die „better Regulation“ Agenda ist das Gegenteil.

Voraussichtlich wird die neue EU-Kommission Junckers Programm für bessere Rechtsetzung nicht nur fortführen, sondern sogar ausweiten.¹⁸ Die zukünftige Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat angekündigt, dass zukünftig für jeden Mehraufwand aus einer neuen Verordnung „Belastungen“ aus einer Verordnung in demselben Politikbereich gestrichen werden müssen. Dieser „one in one out“-Ansatz folgt dem gleichen Muster, das in Großbritannien und vielen anderen Ländern – einschließlich Deutschland – bereits zu beobachten ist.

Großbritannien ist seit Jahren Vorreiter des Bürokratieabbaus und der Deregulierung in der EU und zeigt, wie vermeintlich harmloser Bürokratieabbau ausarten kann.¹⁹ Zunächst wurde dort 2011 eine „one in one out“-Regel zum Bürokratieausgleich eingeführt. Inzwischen müssen für jedes £ „Belastung“ durch neue Gesetze verpflichtend 3 £ an anderer Stelle gestrichen werden. Seit 2015 ist die britische Regierung sogar gesetzlich dazu verpflichtet, alle fünf Jahre ein Ziel für die zu reduzierenden „Gesamtkosten“ von Gesetzen festzulegen. Aktuell sind das 9 Mrd. £ zwischen 2017 und 2022.

Zusätzlich zur Deregulierung führt die britische Sparpolitik zu Ressourcenknappheit in der Verwaltung, sodass existierende Richtlinien oft nicht ausreichend umgesetzt werden können (sogenannte „deregulation by stealth“).²⁰ Der verstärkte Deregulierungsdruck gemeinsam mit langjähriger Sparpolitik hat in England bereits Opfer gefordert. Vermehrte Selbstregulierung und die Auflockerung von Brandschutzvorschriften seit Thatchers Amtszeit haben dazu geführt, dass billige entflammbare Gebäudeverkleidungen von industrie-eigenen Sicherheitsinspektionen als sicher empfunden und an Wohnblöcken verbaut wurden. Im Juni 2017 hat dann die hoch entzündliche Außenverkleidung des Grenfell Wohnblocks in London Feuer gefangen. Über 70 Menschen sind bei dem Brand gestorben.²¹

Auch Frankreich hat inzwischen eine „one in one out“-Regel und Präsident Trump hat in den USA letztes eine „one in two out“-Regel eingeführt.^{22,23} Die Ermittlungen zur genauen Ursache des Großbrands eines Chemiewerks im französischen Rouen laufen noch. Doch schon jetzt zeichnet sich Deregulierungspolitik als Mitgrund ab: erst 2018 wurden Gesetze aufgelockert welche die Aufbewahrung gefährlicher Chemikalien regulieren und Informationspflichten verringern.²⁴ Wie auch Deutschland priorisieren diese Länder im Gesetzgebungsprozess über den Schutz von Menschen und Natur.

3. BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU IN DEUTSCHLAND

Auch in Deutschland wird Deregulierung als harmlose Vereinfachung vermarktet: die Bundesregierung führt seit 2006 Programm für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung an.²⁵ Dies hat es zum Ziel, die „Belastung“ durch Verwaltung für BürgerInnen und Unternehmen zu reduzieren.²⁶ Doch unter dem Bürokratieabbau der Bundesregierung und der EU versteckt sich oft Deregulierung.

Im Jahr 2006 wurde der Nationale Normenkontrollrat (NKR) gegründet, um den Erfüllungsaufwand aller Gesetzesvorhaben abzuschätzen. Der NKR hatte zunächst das Ziel, den gesamten Verwaltungsaufwand bis 2012 um 25 % zu verringern, und hat dies auch erfolgreich abgeschlossen. Doch dabei hat man es nicht belassen. Seit 2015 schreibt die sogenannte Bürokratiebremse vor, dass für jeden Euro Mehrkosten, der durch neue Gesetze entsteht, in gleichem Umfang Gesetzeskosten gestrichen werden („one in one out“-Regel).²⁷ Dafür wird der sogenannte laufende Erfüllungsaufwand geschätzt, also die „Kosten“ die Unternehmen, BürgerInnen oder dem Staat nach einem neuen Gesetz dauerhaft anfallen, aber nicht die „Kosten“ für einmalige Umstellungen (einmaliger Erfüllungsaufwand).²⁸ Die politische Entscheidungsfindung wird durch das Konzept „one in one out“ auf absurde Weise automatisiert und einer Regel unterworfen. Angenommen, ein neues Gesetz soll Autos verkehrssicherer machen. Warum muss man dann anderswo etwas streichen, wenn doch die ganze Gesellschaft von verkehrssicheren Autos profitiert?

Das Problem hierbei ist nicht, dass Regulierungen vereinfacht werden, wo dies Sinn macht – zum Beispiel beim flexiblen ElterngeldPlus, wobei beim online Elterngeltantrag ein Behördengang erspart wird.²⁹ Das Problem ist vielmehr, dass unter dem Deckmantel solch nützlicher Vereinfachung der Bedarf von Gesetzen an sich in Frage gestellt wird – zum Beispiel durch „one in one out“. Dem Ansatz liegt die Annahme zu Grunde, dass es eine ‚perfekte‘ Anzahl von Regulierungen gibt.

Der Begriff „Bürokratieabbau“ macht Gebrauch davon, dass der Begriff „Bürokratie“ unter Deutschen oft negativ behaftet ist. Deren Abbau ist zunächst willkommen, und das wird ausgenutzt um Eigeninteressen von Unternehmen voranzubringen, neue Regulierung zu schwächen und die Rolle des Rechtsstaates a priori in Frage zu stellen.

Auch bei der Umsetzung des Bürokratieabbaus werden Wirtschaftsinteressen klar vorgezogen. So sollen laut Koalitionsvertrag zum Beispiel kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Umsetzung neuer Informationspflichten Ausnahmen eingeräumt werden.³⁰ Das, obwohl diese in Deutschland 99 % der Unternehmen ausmachen und über 50 % der sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen beschäftigen – und man sich am Ende fragt, welche Firmen neue Regeln dann eigentlich noch betreffen sollen.³¹ Auch die Fitness Checks der EU werden sehr selektiv angewendet – die Wasserrahmenrichtlinie wird nun schon zum zweiten Mal überprüft, doch die Agrarpolitik ist trotz der Forderungen von Umweltschutzorganisationen und Teilen der REFIT Plattform der Europäische Kommission, noch nicht einmal nach den Kriterien des Fitness Checks überprüft worden.^{32,33,34}

4. WARUM DAS GEREDE VOM BÜROKRATIEABBAU SO GEFÄHRLICH IST

4.1 DER BÜROKRATIEABBAU IST AUF EINEM AUGE BLIND

Wenn man den Jahresberichten der Bundesregierung und des nationalen Normenkontrollrates glaubt, ist der Bürokratieabbau in Deutschland ein voller Erfolg.³⁵ So wurden durch die Bürokratiebremse zwischen 2015 und 2018 1,9 Milliarden Euro Verwaltungsaufwand „eingespart“.³⁶ Es wird uns vorgegaukelt, dass es um *Vereinfachung* geht, ohne die Qualität der Standards zu verringern.

Die Berechnung der „Kosten“ die ein Gesetz verursacht basiert auf einem 50-seitigen Leitfaden der Bundesregierung.³⁷ Erst wird der Aufwand für ein „typisches“ Unternehmen oder einen typischen Haushalt ermittelt und dann auf die Gesamtwirtschaft hochgerechnet. Der geschätzte Aufwand ist dabei nur so akkurat wie die Daten, die der Berechnung zugrunde liegen und die sind oft mangelhaft.

Diese Bewertungsmethodik ist extrem einseitig. Für die Schätzung des Erfüllungsaufwands werden nur die „Kosten“ für Wirtschaft, Haushalte oder den Staat berechnet. Es ist nicht verpflichtend, den Nutzen – für Gesellschaft, Umwelt oder auch Wirtschaft – zu bewerten und direkt mit den Kosten zu vergleichen. Der NKR fordert zwar, den Nutzen zu quantifizieren und räumt ein, wie schwierig das ist. Er schreibt: wenn durch erhöhte Fahrzeugsicherheit 500 Menschenleben gerettet werden können „ist es schwierig zu bewerten, was das in Geld wert ist“³⁸ Den Nutzen von Gesetzen so zu quantifizieren, ist nicht nur schwierig, sondern irgendwo zwischen moralisch fragwürdig und komplett sinnfrei. Wirklich sinnvolle und effiziente Gesetzgebung sollte solche Aspekte ernsthaft und zu ihren eigenen Bedingungen abwägen, statt zu versuchen alles zu bepreisen.

Nicht nur der soziale Nutzen, sondern auch der indirekte wirtschaftliche Nutzen und Multiplikatoreffekte werden im Erfüllungsaufwand nicht berücksichtigt.³⁹ Das Umweltbundesamt erklärt anhand eines einfachen Beispiels, wie absurd dieses Vorgehen ist: bei der Energieeinsparverordnung wurden als Erfüllungsaufwand die Kosten für Gebäudeeigentümer gemessen, zum Beispiel

für Dämmmaterialien.⁴⁰ Gesamtwirtschaftliche Kosteneinsparungen allerdings, zum Beispiel durch geringere Heizkosten und weniger Luftverschmutzung wurden außer Acht gelassen. Indirekte wirtschaftliche Nutzen, wie die erhöhte Nachfrage für Dämmmaterialien und HandwerkerInnen wurden auch nicht berechnet. Das zeigt, dass die Folgekostenabschätzungen auf einem Auge blind sind, obwohl sie möglicherweise in wichtige Entscheidungsprozesse einfließen. Die Wirtschaft wird bevorzugt – und Unternehmen können eventuelle Mehrkosten trotzdem an ihre KundInnen abgeben.

4.2 BÜROKRATIEWAHSINN BÜROKRATIEBREMSE?

Ironischerweise schafft der Bürokratieabbau dabei selbst eine enorme Bürokratie.⁴¹ Der NKR berechnet den Erfüllungsaufwand neuer Gesetzesvorhaben. Oft ist das aber wegen schlechter Datenlage nicht möglich und die betroffenen Ressorts müssen den NKR beraten und unterstützen. Dadurch entsteht ein immenser Verwaltungsaufwand für Beamte, die nun komplizierte Kostenschätzungen erheben und schreiben müssen. Laut unserer Recherche gibt es für diesen riesigen Mehraufwand in den Ressorts selten Neueinstellungen, weshalb der normale Betrieb zunehmend durch die zusätzlichen Aufgaben lahmgelegt wird.

Dabei werden teilweise unverhältnismäßig hohe Ansprüche an Ressorts gestellt. Im Umweltbereich zum Beispiel wurden über 570 Millionen € „eingespart“, die zweithöchste Einsparung aller Regierungsbereiche.⁴² Die tatsächliche „Belastung“ der Wirtschaft durch Umweltrecht ist aber viel kleiner als in anderen Rechtsbereichen wie dem Finanz- oder Gesundheitswesen. Das zeigt, dass diese Rekordeinsparungen vermutlich keinen allzu großen Einfluss auf die meisten Unternehmen und BürgerInnen haben.⁴³

Zudem verfehlt der Bürokratieabbau oft seinen Selbstzweck, „Kosten“ zu sparen. Unter der „one in one out“-Regel werden „neue Kosten“ mit Einsparungen an anderer Stelle innerhalb eines Ressorts gegengerechnet. Diese müssen allerdings nicht zwingend die gleichen Akteure betreffen. Mehrkosten in Chemieunternehmen können beispielsweise mit Einsparungen in der Landwirtschaft verrechnet werden, solange beides aus dem Umweltrecht kommt. Dass nur die

wenigsten Unternehmen von beiden gleichzeitig betroffen sind, wird dabei nicht berücksichtigt. Für Unternehmen, vor allem KMUs, wird der tatsächliche Verwaltungsaufwand manchmal überhaupt nicht abgebaut. Im Gegenteil – in den letzten Jahren sind komplizierte neue Regelungen entstanden, die Unternehmen stark fordern, wie zum Beispiel aus der Datenschutzverordnung.⁴⁴ Dass es wichtig ist, die Nutzung persönlicher Daten durch Unternehmen zu kontrollieren, steht außer Frage. Die spürbare Vereinfachung solcher Belastungen wird im Bürokratieabbau-programm jedoch nicht an erster Stelle verfolgt.

In anderen Fällen vereinfacht sich der Aufwand für Unternehmen ganz von alleine. Zum Beispiel weil digitale Rechnungsstellung sich in den letzten Jahren stark verbreitet hat und es schneller ist, digitale Rechnungen zu archivieren als Rechnungen auf Papier.⁴⁵ Hier hat sich der Verwaltungsaufwand auch ohne die ganze anti-bürokratische Bürokratie vereinfacht, und sollte nicht als Erfolgsgeschichte des Bürokratieabbaus verbucht werden.

4.3 DEREGULIERUNG GEFÄHRDET UNSERE DEMOKRATIE

Wenn also „bessere Rechtsetzung“ ihr selbsternanntes Ziel meistens verfehlt und gleichzeitig immensen Verwaltungsaufwand schafft, was macht sie dann eigentlich? Die vielleicht gefährlichste Folge der versteckten Deregulierungspolitik ist, dass sie demokratische Strukturen untergräbt. Das passiert durch zwei Mechanismen: durch eine Rhetorik, die Regelungen als unfaire Belastung auf den freien Markt bezeichnet und durch den Zugriff von Unternehmen auf Gesetzgebungsprozesse, was im schlimmsten Fall zur Privatisierung von Gesetzgebung führen kann.⁴⁶

Der erste Mechanismus ist nicht allzu schwer erkennbar. Deregulierungspolitik bedient sich einer Methodik, die bevorzugt Geldwerte betrachtet und versucht diese Geldwerte zu reduzieren. Das folgt der grundlegenden Annahme, dass bürokratische Regelungen einzig eine Kostenbelastung darstellen. Wie andere neoliberale Politik auch geht durch „bessere Rechtsetzung“ Staatsgewalt verloren und wird blind an die Wirtschaft abgegeben. Das passiert unter einem vermeintlich harmlosen und gut verdaulichen Deckmantel – denn wer in Deutschland hat sich nicht schon mal über den „Papierkrieg“ der Behörden geärgert? Gesetze

eindimensional als „Belastung“ und „unnötige Kosten“ zu bezeichnen spielt aber der hetzerischen Rhetorik rechtspopulistischer Bewegungen in die Karten, welche den Rechtsstaat und seine Funktionen als negativ und überflüssig ansieht.

Der zweite Mechanismus ist weniger offensichtlich. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass der Bürokratieabbau manchmal eher eine Marketingübung ist. „Bessere Rechtsetzung“ ist ein beschönigender Begriff für eine Initiative, in der Regelungen prinzipiell als schlecht fürs Geschäft dargestellt werden. Jedoch gibt es kaum Beweise dafür, dass dies stimmt, da Regelungen generell nicht mit schlechter gesamtwirtschaftlicher Performance in Zusammenhang gebracht werden können. Wie die New Economics Foundation 2015 im Sonderreport „Threat to Democracy“ schrieb:⁴⁷

Die Beziehung zwischen marginalen regulatorischen Veränderungen einzelner Gesetze und simplistischen wirtschaftlichen Indikatoren, so wie Wirtschaftswachstum, ist bestenfalls komplex und hängt stark von der Art des Gesetzes und dem genauen Marktsegment ab.

In Großbritannien beispielsweise wird der deregulatorische Bürokratieabbau extremst vorangetrieben, obwohl es bereits zuvor eine der am wenigsten stark regulierten Volkswirtschaften der Welt war.⁴⁸ ForscherInnen der Universität Oxford erklären: „die Anforderung, ein oder zwei neue Vorschriften zu entfernen, bevor man eine neue hinzufügt, ist am besten als symbolische Politik zu verstehen. [...] Der Durchschnittswähler kann gut verstehen, warum Politiker solche Maßnahmen befürworten“.⁴⁹ Die Deregulierungsagenda will also nicht, wie vorgegeben, den Bürokratieabbau an sich erreichen, sondern der Privatwirtschaft Vorrang geben – denn sie wurde ja von der Privatwirtschaft auf den Weg gebracht. Das ist auf den ersten Blick nicht ersichtlich und genau deshalb so gefährlich.

Die Aufgabe einer demokratisch gewählten Regierung ist es, die Interessen der Wählerschaft des ganzen Landes zu vertreten. Die Aufgabe von Bürokratie ist es, Willkür zu vermeiden. Und der Sinn von Gesetzen ist es, Mensch und Natur zu schützen. Wenn man aber Wirtschaftsinteressen eine Vorrangstellung einräumt, können sie ihre Interessen außerdemokratisch besser vertreten – wie zum Beispiel bei Frankreichs umstrittener Wirtschaftsreform „le loi

TEXT BOX 3: FALLSTUDIE STANDARDISIERUNG: CEN CELENEC

Das europäische Komitee für Normung (CEN) und das europäische Komitee für Elektrotechnische Normung (CELENEC) sind private Wirtschaftsorganisationen, die sich auf Standards einigen und diese dann verkaufen. Ähnliche Organisationen gibt es nicht nur international, sondern auch auf nationaler Ebene. So sorgt zum Beispiel die Din- Normung dafür, dass Druckerpapier weltweit die gleiche Größe hat. Die Wirtschaft einigt sich, damit Handel, Produktion und Endverbrauch effizienter werden – so weit, so gut.

In der EU jedoch sind CEN und CELENEC seit über 20 Jahren damit beauftragt, technische Details von EU-Gesetzen auszuarbeiten und dann den GesetzgeberInnen vorzuschlagen.⁵² Die vermehrte Einbeziehung von Standards in den Gesetzgebungsprozess ist problematisch, weil europäische Normungsagenturen wie CEN und CELENEC privat organisiert sind. Der Prozess, durch welchen Standards geformt werden ist nicht ausreichend transparent und wird selten durch die Zivilgesellschaft begleitet.⁵³

Theoretisch dürfen zwar verschiedenen StakeholderInnen mitwirken, in der Praxis jedoch ist das schwierig, wenn hochtechnische Standards innerhalb der Produzierenden Industrie hinter verschlossener Tür gesetzt werden, und dann als fertiger Baustein in die Gesetzgebung einfließen. Nur wenige Organisationen mit nicht profitorientierten Interessen, wie die Umweltstandardisierungsagentur ECOS, können dem Prozess auf Augenhöhe begegnen.⁵⁴

PACTE“ die von Unternehmerverbänden mitentworfen wurde, oder bei den europäischen Standardisierungsagenturen CEN und CELENEC (siehe Text Box 3).^{50,51} Anderen Gruppen, wie zum Beispiel Umweltverbänden und Gewerkschaften ist das nicht im gleichen Ausmaß möglich.

Der Bürokratieabbau ist also eine gefährliche Symbolpolitik, die zeigt, dass die Wirtschaft wichtiger ist als alles andere. Wenn es zum Interessenkonflikt zwischen Wirtschaftsinteresse und Rechtsstaat kommen sollte, muss der Rechtsstaat weichen, um dem Wirtschaftsinteresse Platz zu machen.

Wenn der deregulatorische Bürokratieabbau nicht gebremst wird, wird der Staat sein Ordnungsrecht immer weiter aufgeben, wie es in Großbritannien und Frankreich bereits passiert. Das untergräbt seine Fähigkeit, aktuelle große Herausforderungen anzugehen und Großkonzerne ausreichend zur Rechenschaft zu ziehen wo dies nötig ist. Der Bürokratieabbau gefährdet die Demokratie. In ganz Europa untergraben solche Bewegungen bereits erfolgreich rechtsstaatliche Strukturen, mit dem Brexit als extremstes Beispiel. Wir brauchen starke demokratische Strukturen und eine handlungsfähige Regierung, um politische Stabilität zu gewährleisten.

5. AUSBLICK

Wie wird es in Deutschland weitergehen? Die Wirtschaft fordert noch stärkeren Bürokratieabbau. Eine Studie der Stiftung Familienunternehmen kommt zu dem Schluss, dass Unternehmen in Zukunft auch für den einmaligen Erfüllungsaufwand und gegebenenfalls Kosten zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen zur Umsetzung von Gesetzen entlastet werden sollten.⁵⁵ Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wird Deutschland in Brüssel zur treibenden Kraft einer verstärkten Deregulierungspolitik werden.

Auch die aktuelle Bundesregierung will mehr Bürokratieabbau und schreibt im Koalitionsvertrag: „wir treiben den Abbau von Bürokratie weiter voran und stärken damit die Wirtschaft“.⁵⁶ So soll die „one in one out“-Regel in Zukunft auch auf die Umsetzung von EU-Richtlinien in Deutschland ausgeweitet werden soll. Außerdem will die Regierung bei der Umsetzung von EU-Richtlinien nicht mehr über Mindeststandards hinausgehen (gold-plating).

Momentan arbeitet die Bundesregierung am Bürokratieentlastungsgesetz III (BEG III), was die im Koalitionsvertrag festgelegten Vorhaben vorantreiben soll. Das Eckpunktepapier der Bundesregierung zum BEG III sieht vor allem Änderungen im Steuerrecht vor.⁵⁷ In der Antwort auf eine kleine Anfrage aus der FDP-Fraktion jedoch hält sich die Regierung bedeckt und betont, dass „die Willensbildung der Bundesregierung im Hinblick auf die konkreten Inhalte des BEG III noch nicht abgeschlossen ist“.⁵⁸ Es ist also nicht zu spät, diesen Vorhaben kritisch gegenüberzutreten, wie es unter anderem das Umweltbundesamt, der DNR und das CorA-netz schon getan haben.^{59,60,61}

Die Bundesregierung treibt den Bürokratieabbau nicht nur im eigenen Land voran. Der Koalitionsvertrag sieht auch für Brüssel eine „one in one out“-Regel auf EU-Ebene vor, deren Umsetzung Ursula von der Leyen jetzt bereits angekündigt hat. Das ist ein klarer Rückschritt, denn solche starren Herangehensweisen sind von der bisherigen Kommission abgelehnt worden. Erst im Dezember 2018 hatte diese beschlossen, dass „one in one out“ für sie keine Lösung sei, weil „Folgekosten aus Gesetzen auf Basis von Beweisen reduziert werden sollten, nicht auf Basis simplistischer numerischer Ziele“.⁶²

6. DEREGULIERUNG STOPPEN, SINNVOLLE GESETZGEBUNG STÄRKEN

Den Forderungen von Bundesregierung und WirtschaftsvertreterInnen nach mehr Bürokratieabbau und besserer Gesetzgebung muss Einhalt geboten werden, solange sich darunter deregulatorische Vorhaben verstecken.

Stattdessen bedarf es effektiver und effizienter Gesetzgebung durch eine verantwortungsvolle Regierung, die nach ihrem demokratischen Mandat handelt und nicht außerdemokratischen Wirtschaftsinteressen privilegierten Zutritt verschafft.

Wir brauchen hohe Standards und starke neue Regulierungen, nicht zuletzt um die Klimakrise zu bewältigen. Das hat aber weder etwas mit „Kosten“ für die Wirtschaft, noch mit einer „perfekten“ gleichbleibenden Höhe dieser Kosten zu tun.

Sinnvolle und transparente Gesetzgebungsprozesse sind nötig, um undemokratische Deregulierung zu stoppen und den Weg für ein alternatives, wirklich demokratisches und inklusives Modell für Wirtschaftspolitik zu ebnet.

Damit Gesetzgebung in Zukunft sinnvoll und fair gestaltet wird, sind folgende Punkte zu erfüllen:

1. Harmloser Bürokratieabbau darf nicht mehr als Deckmantel für gefährliche Deregulierung dienen.

2. Starre und oberflächliche Maßnahmen wie die „one in one out“-Regel müssen abgeschafft werden. Deutschland muss sich davor hüten, den gleichen Weg wie Großbritannien einzuschlagen. Dort hat der willkürliche Kampf gegen die vermeintlichen „Belastungen“ der Bürokratie unter Anderem dazu geführt, dass eine „one in *three* out“-Regel eingeführt wurde, egal welche weiteren Folgen dies nach sich zieht. Der vermeintliche Papierkrieg aus Brüssel war auch ein Hauptargument derer, die die Gesellschaft für den Brexit mobilisiert haben.

3. Gesetzesfolgen müssen seriös abgeschätzt werden. Dafür müssen Kosten, Nutzen und indirekte wirtschaftliche Folgen verpflichtend mit eingerechnet werden.

Diese Schätzungen müssen systematisch und transparent erfolgen und andere Methoden nutzen, wenn die Ermittlung eines Geldwertes schwierig oder ungenau ist. Nur so können Gesetzesfolgen realistisch geschätzt werden und die Gesetzgebung ihren Zweck erfüllen.

4. Auch auf EU-Ebene muss gegen Deregulierung vorgegangen werden, vor allem in Hinblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft nächstes Jahr. Zu Beginn

des neuen EU-Parlaments steht Europa vor beispiellosen Herausforderungen wie der Klimakrise, anti-demokratischen Bewegungen und Fragen zur eigenen Stabilität (Brexit). Die zukünftige Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen hat mehr als 1bn € versprochen, um die EU aus der Klimakrise retten.⁶³ Doch alles Geld der Welt alleine kann nicht die Veränderungen erreichen, die wir brauchen, um schnell genug CO2-frei zu werden. Dafür sind zudem dringend neue grundlegende Rechtsvorschriften erforderlich – und genau deshalb ist es extrem besorgniserregend, das von der Leyen den Bürokratieabbau in Brüssel verstärken will. Die Europaabgeordneten sollten ihre Zustimmung zur neuen Kommission davon abhängig machen, dass diese weitere Deregulierungsvorhaben zum Bürokratieabbau wie die „one in one out“-Regel zurückzieht.

ENDNOTES

- 1 New Economics Foundation (2019) Reprotection: Halting the EU's Deregulation Drive <https://neweconomics.org/campaigns/reprotection>
- 2 Klein M (2016) Definition – Was ist Bürokratieabbau? <https://www.egovernment-computing.de/was-ist-Bürokratieabbau-a-639226/>
- 3 Wirtschaftslexikon.co (2015) Deregulierung <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/deregulierung/deregulierung.htm>
- 4 Bundesregierung (2017) Die Bürokratiebremse „one in one out“ –Regel - Bilanz für den Zeitraum von Januar 2015 bis August 2017 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/die-Bürokratiebremse-one-in-one-out-regel--397798>
- 5 Klein M (2017) Definition – Was ist und was tut der Nationale Normenkontrollrat (NKR) <https://www.egovernment-computing.de/was-ist-und-was-tut-der-nationale-normenkontrollrat-nkr-a-702464/>
- 6 Nationaler Normenkontrollrat (2019) Über uns- NKR Mitglieder <https://www.normenkontrollrat.bund.de/nkr-de/ueber-uns/nkr-mitglieder>
- 7 Statistisches Bundesamt (2018) Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands in Regelungsvorhaben der Bundesregierung <https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/72494/316930/dbd1202170575cca90db0b60b56b49a7/2019-01-08-leitfaden-erfuellungsaufland-2019-data.pdf> Page 5
- 8 Smokefree Partnership (2011) The origin of EU better regulation - The disturbing truth <http://www.ehnheart.org/projects/461:the-origin-of-eu-better-regulation-the-disturbing-truth.html>
- 9 Berry C and Devlin S (2015) Threat to Democracy - the impact of 'better regulation' in the UK, New Economics Foundation <https://neweconomics.org/2015/10/threat-to-democracy>
- 10 Alter-EU (2018) Gekaperte Gesetzgebung: wenn Konzerne poitische Prozesse dominieren und unsere Rechte bedrohen <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/180920-Studie-gekaperte-Gesetzgebung.pdf>
- 11 Alter-EU (2018) Gekaperte Gesetzgebung: wenn Konzerne poitische Prozesse dominieren und unsere Rechte bedrohen <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/180920-Studie-gekaperte-Gesetzgebung.pdf>
- 12 European Environmental Bureau (2016) Navigating the Better Regulation Maze <https://euagenda.eu/upload/publications/untitled-88007-ea.pdf>
- 13 European commission (n.d) REFIT - making EU law simpler and less costly https://ec.europa.eu/info/law/law-making-process/evaluating-and-improving-existing-laws/fit-making-eu-law-simpler-and-less-costly_en
- 14 Gravey V (2016) Nature Directives "Fit for Purpose": a turning point for EU policy dismantling?, Environmental Europe <https://environmentaleurope.ideasoneurope.eu/2016/12/07/naturealertrefit/>
- 15 European Commission (2019) Main principles of the working methods https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/working-methods-principles_en.pdf
- 16 Van Lerven F and Welsh M (2018) A deregulatory agenda is sweeping across Europe, New Economics Foundation <https://neweconomics.org/2018/08/deregulatory-agenda-sweeping-across-europe>
- 17 Klein N (2014) this changes everything – Capitalism vs. The Climate. New York: Simon & Schuster Inc. page 72.
- 18 European Commission (2019) Main principles of the working methods https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/working-methods-principles_en.pdf
- 19 Government of the United Kingdom (2016) Government going further to cut red tape by £10 billion <https://www.gov.uk/government/news/government-going-further-to-cut-red-tape-by-10-billion>
- 20 Berry C and Devlin S (2015) Threat to Democracy - the impact of 'better regulation' in the UK, New Economics Foundation <https://neweconomics.org/2015/10/threat-to-democracy>
- 21 Fire Brigades Union (2019) The Grenfell Tower fire: a crime caused by profit and deregulation <https://www.fbu.org.uk/publication/grenfell-tower-fire-crime-caused-profit-and-deregulation>
- 22 OECD (2015) Regulatory Policy Outlook 2015 France <https://www.oecd.org/gov/regulatory-policy/France-web.pdf>
- 23 The White House (2017) Presidential Executive Order on Reducing Regulation and Controlling Regulatory Costs <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/presidential-executive-order-reducing-regulation-controlling-regulatory-costs/>
- 24 Le Monde (8 Octobre 2019), 'Incendie à Rouen : Normandie Logistique n'a « jamais indiqué clairement » les quantités de produits qu'elle stockait, https://www.lemonde.fr/planete/article/2019/10/08/lubrizol-normandie-logistique-n-a-jamais-indique-clairement-a-l-administration-les-quantites-stockees_6014698_3244.html
- 25 Bundesministerium fuer Wirtschaft und Energie (2019) Alltag erleichtern, Wirtschaft entlasten. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/buerokratieabbau.html>
- 26 Deutscher Naturschutzring (2018) Bessere Rechtsetzung statt Deregulierung! Steckbrief https://www.dnr.de/fileadmin/Publikationen/Steckbriefe_Factsheets/18_02_14_EUK_Steckbrief_Bessere_Rechtsetzung_aktualisiert.pdf
- 27 Bundestag (2018) Sachstand zur Diskussion über die Bürokratiebremse ("One in one out" - Regel) Aktenzeichen WD 5 - 3000 - 140/18. <https://www.bundestag.de/resource/blob/581740/48e380e8fba073e732b8bf3ae3fb05e9/wd-5-140-18-pdf-data.pdf>
- 28 Bundesregierung (2011) Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien - GGO http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_21072009_O11313012.htm

- 29 Bundesregierung (2015) ElterngeldPlus – Mehr Flexibilität für Eltern. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/Buerokratietabbau/mehr-flexibilitaet-fuer-eltern-420074>
- 30 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (n.d) Folgenabschätzung und Evaluierung von EU-Initiativen <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Europa/bessere-rechtsetzung-folgenabschaetzung-und-evaluierung.html>
- 31 Bundestag (2016) Sachstand Vereinfachungen und Ausnahmeregelungen im deutschen Arbeits- und Sozialrecht für kleine und mittlere Unternehmen <https://www.bundestag.de/resource/blob/437626/ddf6722ab6bbd1583df2b6c5d60075e6/wd-6-090-16-pdf-data.pdf>
- 32 Grüne Liga (2018) Fitness-Check und Review der EU-Wasserpolitik https://www.grueneliga.de/images/Dokumente/WRRRL_INFO_33_EBOOK.pdf
- 33 NABU (n.d.) Herzstück des Gewässerschutzes auf dem Prüfstand - Fitness-Check der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/fluesse/24232.html>
- 34 NABU (2016) Juncker muss Agrarsubventionen auf den Prüfstand stellen <https://www.nabu.de/news/2016/03/20467.html>
- 35 Nationaler Normenkontrollrat (2019) Wesentliche Ergebnisse der Prüftätigkeit des NKR – Die Jahresberichte <https://www.normenkontrollrat.bund.de/nkr-de/service/publikationen/jahresberichte>
- 36 Bundestag (2018) Sachstand zur Diskussion über die Bürokratiebremse (“One in one out” - Regel) Aktenzeichen WD 5 - 3000 - 140/18. <https://www.bundestag.de/resource/blob/581740/48e380e8fba073e732b8bf3ae3fb05e9/wd-5-140-18-pdf-data.pdf>
- 37 Statistisches Bundesamt (2012) Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands in Regelungsvorhaben der Bundesregierung <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/317264/24a47e8256dd300adc6d51466dd95f1e/2017-11-27-leitfaden-erfuellungsaufwand-data.pdf?download=1>
- 38 Nationaler Normenkontrollrat (n.d.) Internationaler Workshop zur Nutzenquantifizierung – was ist ein Gesetz wert? <https://www.normenkontrollrat.bund.de/nkr-de/service/newsletter-lesen/was-ist-ein-gesetz-wert--1594922>
- 39 Statistisches Bundesamt (2018) Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung des Erfuellungs aufwands in Regelungsvorhaben der Bundesregierung <https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/72494/316930/dbd1202170575cca90db0b60b56b49a7/2019-01-08-leitfaden-erfuellungsaufwand-2019-data.pdf>
- 40 Vettori A et al. (2016) Analyse des Erfüllungsaufwands und der “One in one out” - Regel als Leitbilder der Politikgestaltung, Umweltbundesamt https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_50_2016_analyse_des_erfuellungsaufwands_und_der_one_in_one_out_regel.pdf
- 41 Der Spiegel (2013) Jenseits der Wahnsinnsgränze <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-113750726.html>
- 42 Bundesregierung (2017) Die Bürokratiebremse “One in, one out-Regel” - Bilanz für den Zeitraum von Januar 2015 bis August 2017 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/die-Buerokratietbremse-one-in-one-out-regel--397798>
- 43 Der Spiegel (2015) Meldepflichten, Vorschriften, Nachweise - Das sind die grössten Bürokratiesuender <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/Buerokratiet-welches-ministerium-der-wirtschaft-am-meisten-zumutet-a-1022729.html>
- 44 Bitkom research (2018) Kaum Fortschritt bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Kaum-Fortschritt-bei-der-Umsetzung-der-Datenschutz-Grundverordnung.html>
- 45 Der Spiegel (2013) Jenseits der Wahnsinnsgränze <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-113750726.html>
- 46 Berry C and Devlin S (2015) Threat to Democracy - the impact of ‘better regulation’ in the UK, New Economics Foundation <https://neweconomics.org/2015/10/threat-to-democracy>
- 47 Berry C and Devlin S (2015) Threat to Democracy - the impact of ‘better regulation’ in the UK, New Economics Foundation <https://neweconomics.org/2015/10/threat-to-democracy>
- 48 OECD (2012) Measuring Regulatory Performance - A Practitioner’s guide to Perception Surveys https://read.oecd-ilibrary.org/governance/measuring-regulatory-performance_9789264167179-en#page1
- 49 Hahn R and Renda A (2017) Understanding Regulatory Innovation: the Political Economy of Removing Old Regulations Before Adding New Ones. SEEE Oxford, <https://www.smithschool.ox.ac.uk/publications/wpapers/workingpaper17-02.pdf>
- 50 Berry C and Devlin S (2015) Threat to Democracy - the impact of ‘better regulation’ in the UK, New Economics Foundation <https://neweconomics.org/2015/10/threat-to-democracy>
- 51 Economie.gouv.fr (2019) La loi PACTE adoptee par le Parlement <https://www.economie.gouv.fr/plan-entreprises-pacte>
- 52 CENELEC (2019) New approach Directives <https://www.cenelec.eu/aboutcenelec/whatwestandfor/supportlegislation/newapproachdirectives.html>
- 53 ECOS (2019) Standardisation and Policy https://ecostandard.org/work_area/standardisation-and-policy/
- 54 ECOS (2019) Home page <https://ecostandard.org/>
- 55 Stiftung Familienunternehmen (2018) Der Erfüllungsaufwand von Gesetzen - Reformvorschläge zur Schätzung burokratischer Lasten für Unternehmen https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Der-Erfuellungs-aufwand-von-Gesetzen_Stiftung-Familienunternehmen_Studie-Familienunternehmen.pdf
- 56 CDU (2018) Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD - 19. Legislaturperiode https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1
- 57 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019) Eckpunktepapier zum Bürokratieentlastungsgesetz III (Prioritäten) https://www.awb-international.de/fileadmin/awb/documents/Newsdokumente/Eckpunktepapier_BEG-III_Mai-2019.pdf

- 58 Bundestag (2019) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Herbrand, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksache 19/10910 - <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/113/1911343.pdf>
- 59 Matthey A, Mutert T und Richter M (2018) Bessere Gesetze durch mehr Transparenz der Gesetzesfolgen, Positionspapier Umweltbundesamt https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/180702_uba_pos_gesetzesfolgenabschaetzung_bf.pdf
- 60 Deutscher Naturschutzring (2018) Bessere Rechtsetzung statt Deregulierung! Steckbrief https://www.dnr.de/fileadmin/Publikationen/Steckbriefe_Factsheets/18_02_14_EUK_Steckbrief_Bessere_Rechtsetzung_aktualisiert.pdf
- 61 CorA Netzwerk für Unternehmensverantwortung (n.d) Bessere Rechtsetzung für Menschen und Umwelt <https://www.cora-netz.de/themen/bessere-rechtsetzung-fuer-menschen-und-umwelt/>
- 62 European Commission (2017) Completing the Better Regulation Agenda; Better solutions for better results (SWD(2017) 675 final) https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/completing-the-better-regulation-agenda-better-solutions-for-better-results_en.pdf
- 63 Stearns J (2019) Von der Leyen vows \$1.1 Trillion Green Deal in pitch to EU, Bloomberg.com <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-07-16/von-der-leyen-proposes-green-deal-in-bid-to-clinch-eu-s-top-job>

WWW.NEWECONOMICS.ORG

info@neweconomics.org
+44 (0)20 7820 6300 @NEF
Registered charity number 1055254

PUBLISHED:

November 2019.

NEF is a charitable think tank. We are wholly independent of political parties and committed to being transparent about how we are funded.

WRITTEN BY:

Christiane Heisse

COVER IMAGE BY:

www.pexels.com

THANKS TO:

David Powell, Rachel Laurence,
Patrick ten Brink, Francesca Carlsson,
Bjela Vossen, Pieter de Pous,
TeilnehmerInnen der NEF Roundtable
am 25.09.2019 in Berlin.